

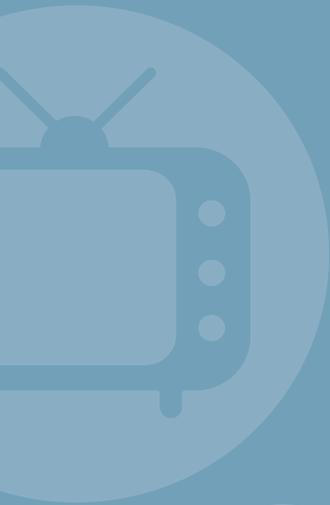
Roland Schatz (Hrsg.)

BERICHT ZUR LAGE DER INFORMATIONSGUALITÄT IN DEUTSCHLAND

**Analysen und Vorschläge für die Zeit
nach Corona**



James D.
Bindenagel, Frank
Brettschneider, Thomas
Brockmeier, Sophie Karmasin,
Kerstin Klemm, Margit Osterloh,
Thomas Petersen, Senja Post,
Patrick Rössler, Stephan Russ-
Mohl, Dennis J. Snower,
Matthias Vollbracht



Roland Schatz BERICHT ZUR LAGE DER INFORMATIONSGUALITÄT IN DEUTSCHLAND	10
TEIL 1: WAS DIE MENSCHEN VON DEN MEDIEN ERWARTEN	
Kerstin Klemm DER WUNSCH NACH VERBESSERUNG IST KLAR	18
Thomas Petersen DER WERT DER FREIHEIT UND DIE ROLLE DER MASSEN- MEDIEN	22
Stephan Russ-Mohl STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DER BERICHTERSTATTUNG ÜBER CORONA	27
„DIE NACHFRAGE NACH GUTEM JOURNALISMUS IST KEINE FRAGE DES ALTERS.“ Johannes Boie, Chefredakteur der <i>Welt am Sonntag</i> , im Interview	54
Frank Brettschneider INFORMATIONEN VON PARTEIEN UND REGIERUNGEN BESONDERS SCHLECHT VERSTÄNDLICH	55
Sophie Karmasin DAS NEUE RETRO? WIE COVID-19 DAS VERHALTEN VERÄNDERT	61
„WIR KÖNNTEN LÄNGER AN EINEM THEMA DRANBLEIBEN.“ Johann Oberauer, Geschäftsführer des Medienfachverlags Oberauer, im Interview	66
Margit Osterloh GEGEN DEN AUTORITÄTS-VIRUS	69
TEIL 2: WAS DIE MENSCHEN IN DEN MEDIEN (NICHT) FINDEN	
Matthias Vollbracht BERICHTERSTATTUNG BLEIBT IM WESENTLICHEN IN DER GEGENWART VERHAFTET	74

Dennis J. Snower WIE INFORMATIONEN ZU WISSEN WERDEN – UND WAS DARAUS FÜR DIE ZUKUNFT FOLGT	77
„NOCH MEHR DIALOG MIT DEN LESERN.“ Horst von Buttlar, Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins <i>Capital</i> , im Interview	82
Adrian Mork DIE QUALITÄT DER BERICHTERSTATTUNG ÜBER WALD- UND FORSTWIRTSCHAFT	84
Patrick Rössler DAS FERNSEHEN VERMITTELT EIN ALARMIEREND SCHLECH- TES BILD DER ERNÄHRUNG	90
Thomas Brockmeier BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE WIRTSCHAFT IN OSTDEUTSCHLAND NACH WIE VOR KLISCHEEHAFTE	96
„WIR MÜSSEN EINE BRÜCKE RUND UM DIE VOLLSTÄNDIGE DIGITALE ZEITUNG BAUEN.“ Carsten Knop, Herausgeber der <i>Frankfurter Allgemeinen Zeitung</i> , im Interview	102
Doreen Mohaupt Stefan Korb ENERGIEWENDE UND STRUKTURWANDEL IN DER LAUSITZ Cottbus/Chósebus – Stadt im Osten des Ostens und mit Erfolgen	104
Peter Klotzki WIR BRAUCHEN MEHR SELBSTSTÄNDIGE, DIE BEREIT SIND, IN DIE MEDIEN ZU GEHEN	111
James D. Bindenagel DEUTSCHLAND BRAUCHT EINEN SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR STRATEGISCHE VORAUSSCHAU	115
Günter Nooke AFRIKA VERSTEHEN LERNEN	121

„WIR HÄTTEN DER POLITIK SCHÄRFER AUF DIE FINGER SCHAUEN KÖNNEN.“ Holger Stark, Mitglied der Chefredaktion der Wochenzeitung <i>Die Zeit</i> , im Interview	128
„COVID-19 IST NICHT NUR EINE GESUNDHEITSKRISE, SONDERN AUCH EINE MENSCHENRECHTSKRISE.“ Markus N. Beeko, Generalsekretär der deutschen Sektion von Amnesty International, im Interview	130
Matthias Vollbracht BERICHTERSTATTUNG ÜBER MENSCHEN MIT BEHINDERUN- GEN IN ART UND UMFANG NICHT AUSREICHEND	135
Matthias Vollbracht MEDIALE AUFMERKSAMKEIT FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN SEHR GERING	138
Senja Post BERICHTERSTATTUNG ÜBER WISSENSCHAFT IN REGELMÄSSIGEN FALLSTUDIEN ANALYSIEREN	141
„DIE COVID-19-KRISE HAT GEZEIGT, DASS SERVICE OFT UNTERSCHÄTZT WIRD.“ Markus Wiegand, Chefredakteur <i>Kress Pro</i> , im Interview	148
TEIL 3: WIE SCHÄTZEN DIE MEDIEN IHRE LEISTUNG EIN?	
Georg Mascolo FREI, UNABHÄNGIG, KRITISCH Das sind die Kriterien für Qualitätsmedien. Die Frage ist, ob wir Journalisten genug tun, um sie auch zu erfüllen. Eine Selbstkritik	152
„SELBSTKRITIK GEHÖRT NICHT ZU DEN STÄRKEN EINES BERUFS, DER SICH DER KRITIK DER ANDEREN VERSCHRIE- BEN HAT.“ Jakob Augstein, Verleger und Chefredakteur der Wochenzeitung <i>der Freitag</i> , im Interview	158
Tanit Koch SURFEN AUF DER CORONA-WELLE? JOURNALISMUS IM KRISENJAHR	160

Eva Quadbeck JOURNALISMUS IN ZEITEN VON CORONA	169
„WER MIT RTL SPRICHT, SPRICHT MIT DEUTSCHLAND.“ Nikolaus Blome, Ressortleiter Politik und Gesellschaft von RTL Deutschland	172
Jürgen Hogrefe DER TENDENZBETRIEB Hinweise zur Einordnung der aktuellen Debatte zur Qualität unserer Medien	175
TEIL 4: WAS FOLGT DARAUS?	
Bodo Hombach „HALTUNG KANN ZUM HALTUNGSSCHADEN FÜHREN, WENN JOURNALISTEN IHRE MACHT MISSBRAUCHEN.“	186
Roland Schatz DIE WAHRNEHMUNGSSCHWELLE ENTSCHIEDET	193
ANHANG: DIE AUTORINNEN UND AUTOREN	203

Abbildung 2:
Themen der
Berichterstattung
über Selbststän-
dige 2012–2019
(Anteil der
Beiträge; Basis:
103.836 Berichte
über Unterneh-
men in Bild, ZDF
Heute Journal,
ZDF Heute, ARD
Tagesschau,
Spiegel, DLF-
Nachrichten)



Es ist der Mühe wert für alle, die selbständig sind, die gerade auch kleine Unternehmen und Betriebe leiten, Informationsangebote zu machen, auf Medien zuzugehen und sich mit Hilfe sozialer Medien zu erklären. Gerade die Freien Berufe haben viele Geschichten zu erzählen, wie Integration gelingt, wie sie die Daseinsvorsorge auf dem Land garantieren, wie sie die Folgen der Corona-Krise mit lösen etc. Vor allem das Beispiel schlägt das rational-abstrakte Argument, das individuelle das generelle. Das gelingt aber nur mit weniger unternehmerischer Defensiv-Haltung, die Folge der oben beschriebenen Phänomene ist.

James D. Bindenagel

DEUTSCHLAND BRAUCHT EINEN SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR STRATEGISCHE VORAUSSCHAU

Deutsche Politik, insbesondere gegenüber internationalen Organisationen wie der EU, der NATO oder der OSZE, positioniert sich nur unzureichend angesichts der gravierenden Krisen. Die Präambel des deutschen Grundgesetzes mandatiert Deutschlands Verantwortung für den Frieden in einem vereinten Europa. 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung ist dies immer noch das definierende Moment der Berliner Republik. Doch nun befindet sich Europa in einer neuen Krise: der Corona-Pandemie. Der französische Präsident Emmanuel Macron nannte dies „Europas Moment der Wahrheit“: Die Welt beobachtet deshalb, ob Deutschland während seiner EU-Ratspräsidentschaft die europäische Einheit und Solidarität erhalten kann. Sowohl Europa als auch die transatlantische Partnerschaft brauchen Deutschlands Führung. Welche Initiativen kann Deutschland als das reichste und sicherste Land der Union ergreifen, wie kann es führen, ohne zu dominieren?

Jetzt, wo die europäische Debatte immer mehr um die europäische Selbstbestimmung in den transatlantischen Beziehungen kreist, ist Europa auf seine geo-ökonomische Macht und seine Soft Power angewiesen. Europäischer Einfluss entsteht durch ökonomische Stärke, durch Informationssicherheit und Regelwerke, durch Datenschutz u.a.m. Aber woher bekommen Politik und Öffentlichkeit Informationen und Analysen über Trends und Probleme, die nötig sind, um europäische Politik zu gestalten?

Die Europäische Union und insbesondere Deutschland – ihr wirtschaftlich und politisch einflussreichstes Mitglied – müssen den politischen Willen aufbringen, sich den Herausforderungen einer Weltordnung in Auflösung zu stellen. Die Mitgliedstaaten müssen die Notwendigkeit einer langfristigen strategischen Debatte anerkennen, um die transatlantischen Beziehungen sowie die liberalen Werte und die Stabilität der Europäischen

Abbildung 1: Stellenwert der Deutschland-Berichterstattung in BBC, CBS und TVE
(Anteil Berichterstattung über Deutschland, 2015–2020)

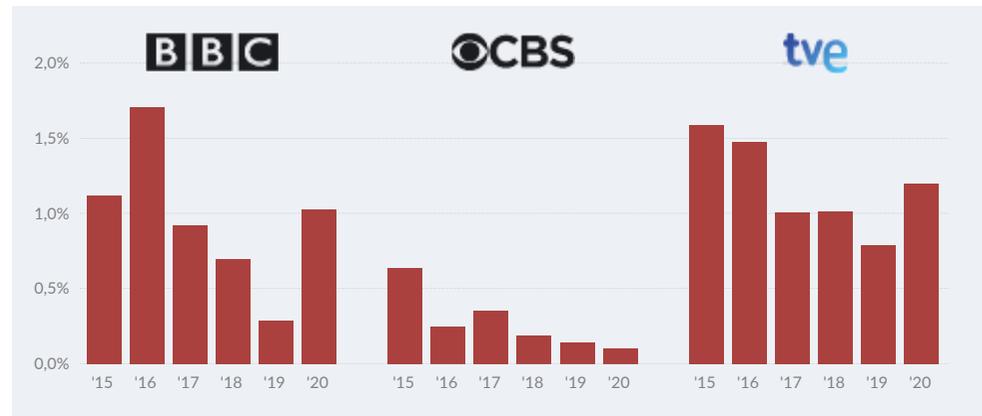
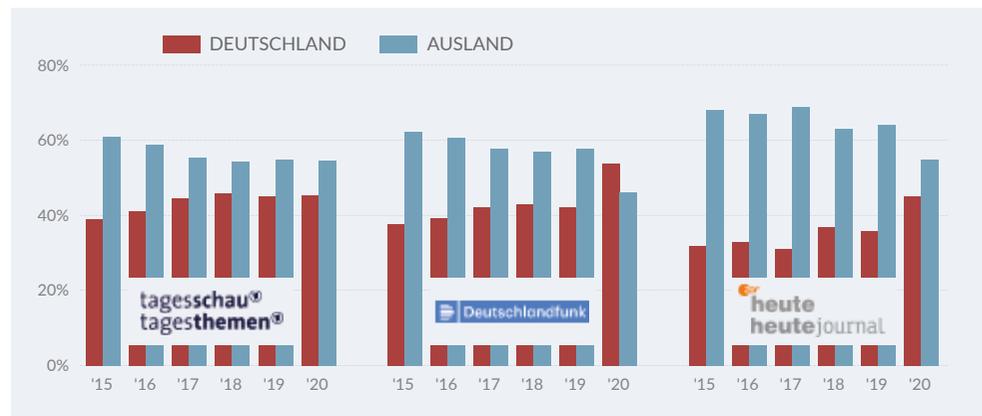


Abbildung 2: Auslandsberichterstattung in ARD- und ZDF-Nachrichten sowie DLF
(Anteil Berichterstattung über Deutschland im Vgl. zu Auslandsnachrichten, 2015–2020)



Union in einer Welt zu retten, die dem „Überleben des Stärkeren“ zu erliegen scheint.

Europa muss seine internationale Irrelevanz überwinden. Eine sinnvolle Debatte über europäische Sicherheitsfragen ist nicht ohne die Unterstützung und den politischen Willen Deutschlands zu führen. Anhörungen und Debatten mit europäischen Experten im Bundestag könnten der Ausgang dafür sein, damit deutsche Politik das Vakuum europäischer Führung füllt.

Deutschland muss den einen unilateralen Sonderweg vermeiden und als „Partner in Leadership“ mit anderen europäischen Mitgliedsstaaten seine Position finden. Deutschland sollte seinen politischen Entscheidungsprozess durch eine regelmäßige Reihe von Bundestagsdebatten und Berichte eines Sachverständigenrates für Strategische Vorausschau erweitern, um seine Strategiefähigkeit zu stärken und die Öffentlichkeit für globale Probleme zu sensibilisieren. Führung in Europa würde gleichzeitig die transatlantischen Beziehungen stärken.

Die Debatten zur Sicherheitspolitik werden in Deutschland allerdings diskontinuierlich geführt. Der defizitären Kommunikation von Außen- und Sicherheitspolitik fehlt es an einer strategischen (Debatten-) Kultur. Die mangelnde Operationalisierung der Leitlinien kommt hinzu. Widersprüchliche Indikatoren, Spiegelimages, alte Paradigmen und Wunschdenken verzerren die Generierung von Lagebildern. Schließlich sind Kurzsichtigkeit, Wahlzyklen, Förderlinien, und die Beharrungskraft von „Denkschulen“ ein Hindernis für Vorausschau.

Um über ihre Politik zu informieren, brauchen der Bundestag, die Fraktionen, Parteigremien, Fachministerien, Medien und die Öffentlichkeit Folgendes:

- Die Identifikation von globalen Trends und Triebkräften
- Die Stärkung von Früherkennung, Prävention sowie Reaktions- und Strategiefähigkeit
- Die Entwicklung von Annahmen über bevorstehende Krisen, eine Szenarien-Entwicklung und Synthese der Lagebilder
- Die Entwicklung von wahrscheinlichen, wünschbaren und alternativen Szenarien
- Die Identifikation von Gelegenheiten, Politikoptionen und Einflusspotentialen

Die politischen Prozesse der Ressorts auf Bundesebene brauchen Entscheidungskompetenz. Zwischen ihnen ist eine Abstimmung über die Prioritäten, Ressourcen, Methoden, die Datenerhebung und die Ausbildung vonnöten. Ist strategische Vorausschau möglich? Warum sind Ereignisse wie 1989, der Zerfall Jugoslawiens, der Georgienkrieg 2008, der Ukraine-Konflikt 2014, der arabische Frühling, der Syrienkrieg und die Migrationskrise oder die Krise der EU nicht antizipiert worden?

Die Antwort beinhaltet viele Faktoren: 1) Expertise ist schlecht, da tagessaktuell, nicht paradigmatisch, gefangen in einer „Blase“ der Sicherheitsdiskurse; 2) Wunschdenken und Hybris verzerren die Wahrnehmung; 3) ein Verständnis von Triebkräften, Wirkungsketten und Interdependenzen fehlt; 4) die Wahrnehmung verbleibt im Modus des Krisenmanagements; 5) es gibt keine Vorstellungen über mögliche und angestrebte Endzustände.

Die deutsche Politik ist unzureichend auf Veränderungen in den internationalen Beziehungen vorbereitet. Vor allem der Bundestag bedarf strategischer Beratungskompetenz. Wichtiger noch ist die Einsicht, dass deutsche Außen- und Sicherheitspolitik öffentlicher Legitimation bedarf. Die Öffentlichkeit ist gespalten und häufig polarisiert in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen sowie das Verhältnis zu China und Russland, in der Haltung zu Afrika, aber auch gegenüber der Europäischen Union.

Europa befindet sich zunehmend in einem Modus des Krisenmanagements, insbesondere nachdem der Vorhang, der militärische Konflikte verschleiert hat, endgültig gelüftet wurde. „Europa wieder relevanter machen“, könnte die Maxime sein, aber wie?

Mit dem Abzug der USA aus dem internationalen Machtgefüge, der Infragestellung der amerikanischen Zusicherung zur kollektiven Sicherheit unter Artikel 5 des NATO-Vertrages, erweisen sich die USA als unsicherer Partner. Im April 2019 veröffentlichte die Stiftung Wissenschaft und Politik eine Studie über die europäische Dauerkrise – »Europas Banalität des Guten« – die im Kern die Frage stellt: Kann Europa aus dieser Krise der transatlantischen Partnerschaft eine neue Ordnung gestalten, wenn die USA sich aus Europa zurückziehen?

Das europäische Dilemma lässt sich an den drei Handlungsalternativen verdeutlichen, die als Reaktion auf die iranischen Drohungen 2019 in der Straße von Hormus bestanden. Zunächst der Versuch, die Straße von Hormus offen zu halten, dem jedoch die iranische Beschlagnahmung von Schiffen entgegen stand. Zweitens hätte man eine eigene europäische militärische Mission organisieren können, in diesem Fall aber einen bewaffneten Kampf mit dem Iran riskieren müssen. In einer dritten Version hätte Europa mit Luftwaffe die Straße von Hormus beobachten können. Der Weg zu Kohärenz ist lang.

Die Unsicherheit in Deutschland zeigt sich an den Positionen seiner Politiker. Während Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer sich durchaus für eine gemeinsame europäische Mission ausgesprochen hat, an der die deutsche Marine zum Schutz der Freiheit der Durchfahrt in der Straße von Hormus teilnehmen würde, war Außenminister Heiko Maas zögerlicher und sprach sich eher für eine Überwachungsmission aus. Andere deutsche Parteien haben sich vollständig gegen eine Marine-Operation ausgesprochen. Zu einem Handeln kam es bisher noch nicht.

Ein Sachverständigenrat für Strategische Vorausschau

Die Pandemie hat Sollbruchstellen im politischen Entscheidungsprozess schonungslos offengelegt. Deutschland muss sein institutionelles Defizit im Krisenmanagement, den Mangel an Bündelung von Expertise und bisweilen schlicht seine Inkompetenz überwinden. Deutschland hat keine nationale Sicherheitsstrategie. Es verlässt sich auf die NATO und die

EU, um Strategien zu formulieren, denen es dann folgen kann. Seit Jahren gibt es in Deutschland hitzige Debatten, ob man einen Nationalen Sicherheitsrat schaffen soll. In der Debatte stehen sich das Kanzlerprinzip und das Ressortprinzip gegenüber. Die Minister treffen ihre Entscheidungen im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen eigenständig. Der Grundsatz der Ministerialautonomie wurde früh im 19. Jahrhundert etabliert, 200 Jahre später gilt er nach wie vor. Ein Nationaler Sicherheitsrat scheiterte an der 200 Jahre alten Tradition, die im Grundgesetz verankert ist.

Deutschland sollte sein institutionelles Problem gleichwohl anpacken, um einen kohärenten und koordinierten Politikprozess zu etablieren. Hinter den Horizont zu schauen, Risiken und Möglichkeiten zu identifizieren und Alternativen abzuwägen, all das würde die Strategiefähigkeit der deutschen Außenpolitik befördern. Strategische Vorausschau ermöglicht informierte Politikdebatten als Grundlage für Entscheidungen.

Während Think Tanks und Universitäten in der Lage sind, neue, politikrelevante Ideen zu entwickeln, müssen Politiker Politik gestalten und über deren Ergebnisse diskutieren. Ein Sachverständigenrat kann Risiken wie drohende Konflikte, Konfrontationen oder andauernde Probleme wie die Ressourcenknappheit und die Folgen des Klimawandels als Megatrends und Teil komplexer, multi-dimensionaler Konflikte identifizieren. Ein Sachverständigenrat kann Szenarien entwickeln und mögliche strategische Optionen offerieren. Er kann jedoch keine Entscheidungen treffen, sondern ertüchtigt die Parlamentarier bei ihrer Aufgabe, die Regierung zur Rechenschaftspflicht zu ermahnen und Politikalternativen zu entwickeln und damit auch das Wählervertrauen zu stärken. Die Vorbereitung der Öffentlichkeit auf potentielle Risiken ist vonnöten. Durch Szenarien kann aufgezeigt werden, wann, wie und welche nationalen deutschen Interessen angegriffen werden könnten.

Ein Rat für Strategische Vorausschau bildet die Basis für eine fortwährende, informierte öffentliche Debatte über Strategie, Außen- und Sicherheitspolitik. Fundiert sein könnte diese Debatte in jährlichen Expertenanalysen zu globalen Trends, Szenarien und Handlungsalternativen für jetzige sowie zukünftige Herausforderungen. Durch reguläre Anhörungen im Bundestag könnten in einer offenen Debatte die Meinungen von Verbündeten und Nachbarn eingeholt werden. Kurzfristig würde dies den politischen Prozess informieren und den Wählern der Bundestagsabgeordneten versichern, dass sie wichtige Themen behandeln. Langfristig könnte dadurch ein Wandel in der strategischen Kultur erreicht werden, der die Notwendigkeit, Strategien für Deutschland und Europa zu entwickeln, die die Weltordnung auf Basis einer starken transatlantischen Partnerschaft stärken oder neu formen, unterstützen würde.

Die Nähe zum politischen Prozess würde Legitimität schaffen, die Verankerung im Bundestag eine gewisse Überparteilichkeit gewährleisten.

Ein souveränes Deutschland braucht eine auf strategischen Plänen basierende Außen- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig bedarf es aber auch einer Sicherheitsstrategie für Europa, die strategisches Planen als Priorität jenseits des Krisenmanagements festlegt. Ein souveränes Deutschland, das seine Pflichten gegenüber der EU und der NATO mit dem Prinzip »Führung durch Partnerschaft« und in Kenntnis seiner Geschichte ausübt, ist die größte Hoffnung für die Neugestaltung der liberalen Weltordnung. Hoffnung ist freilich noch keine Strategie.

Langfristig würde Vorausschau die strategische Kultur ändern, nämlich um Deutschlands und Europas Beitrag zum Erhalt und Ausbau einer multilateralen Weltordnung im Konzert mit den USA und Kanada zu bestimmen. Ja, Deutschland kann Europa führen und die europäische Seite der transatlantischen Partnerschaft stärken. Die ganze Welt schaut dabei zu und wartet, ob Deutschland diese Führungsrolle übernehmen wird. Gerade für die USA ist es notwendig, dass Deutschland bereit für diese Verantwortung ist und dabei hilft, die europäische Seite der transatlantischen Beziehung zu stärken.

Günter Nooke

AFRIKA VERSTEHEN LERNEN

Durch die aktuelle Berichterstattung zu Afrika ist es unmöglich, ein realistisches Bild von Afrika zu bekommen und Entwicklungen auf diesem riesigen Kontinent einschätzen zu lernen. Genau das aber wäre notwendig. Im Überlebensinteresse Europas und im Interesse Afrikas.

Die grundsätzliche Frage muss hier unbeantwortet bleiben, nämlich ob das oben genannte Ansinnen überhaupt von Medien erwartet werden kann. Erzeugen Massenmedien nicht immer nur eine Realität, die mehr oder weniger anschlussfähig zu den Bildern ist, die wir selbst zu einem Thema abgespeichert haben?

Die europäische und deutsche Afrikaberichterstattung, so die unbescheidene Behauptung, wird wesentlich darüber entscheiden, ob Europa ein geopolitisch relevanter Kontinent, Wirtschafts- und Kulturraum bleibt oder nicht. Damit sind gemeint: die EU als eigenständiger Akteur in einer multipolaren Welt, die soziale Marktwirtschaft als Grundlage unseres Wohlstandes und ein freiheitlich-demokratischer, auf dem Schutz elementarer Menschenrechte basierender Rechtsstaat.

Das Wohlstandsgefälle zwischen Europa und Afrika, insbesondere Subsahara-Afrika, ist weiterhin so groß, dass inzwischen allen klar geworden sein sollte: Das Wohl Afrikas liegt in unserem Interesse! Doch daraus darf kein neuer Paternalismus entstehen. Es hilft nicht, mehr Geld auszugeben für Afrika oder den Ausbau der Entwicklungshilfeindustrie. Auch im Feld europäischer Afrikapolitik hilft einzig und allein: Wir müssen von der Realität ausgehen und versuchen, die reale Situation für möglichst viele Menschen vor Ort in möglichst kurzer Zeit zu verbessern. Jeder Journalist nimmt diese, von ihm beschriebene Wirklichkeit subjektiv wahr. Wissen, Vorlieben, Vorurteile oder verbreitete Ideologien, der eigene kulturelle Hintergrund und Sozialisierung sind wesentlich Einflussfaktoren. Aber auch welche Realität die Menschen in Afrika erfahren, ist sehr verschiedenen. Viele Männer und Frauen sehen dort, wo sie leben, keine wirklich Perspektive für sich und ihre Familien. Und welche Perspektiven wollen diese vielen Menschen in den afrikanischen Ländern? Vermutlich ist das so ähnlich, wie anderswo auf der Welt: Sie wollen gut und sicher leben und ihren Kindern soll es einmal bessergehen.



Jakob Augstein, Miteigentümer der Spiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Eigentümer, Geschäftsführer, Verleger und Chefredakteur der Wochenzeitung der Freitag, Vorstandsmitglied der Rudolf Augstein Stiftung



Markus N. Beeko, von 2004 bis 2016 Leiter der Abteilung „Kampagnen und Kommunikation“ der deutschen Sektion von Amnesty International, seit 2016 Generalsekretär der von Amnesty International Deutschland



Prof. James D. Bindenagel war Inhaber der Henry Kissinger Professur und ist Senior Professor am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies der Universität Bonn.



Nikolaus Blome, 2011 bis 2013 und 2015 bis 2019 stellvertretender Chefredakteur der Bild-Zeitung, 2013 bis 2015 Leiter des Hauptstadtbüros des Spiegel, seit September 2020 Ressortleiter Politik und Gesellschaft in der Zentralredaktion der Mediengruppe RTL Deutschland



Johannes Boie, Chefredakteur der Welt am Sonntag und stellvertretender Chefredakteur der Welt-Gruppe



Prof. Dr. Frank Brettschneider, Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft, insbesondere Kommunikationstheorie an der Universität Hohenheim, Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikation sowie der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung



Prof. Dr. Thomas Brockmeier, Hauptgeschäftsführer der IHK Halle Dessau, Honorarprofessor an der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften



Host von Buttlar, von 2004 bis 2009 Redakteur der Financial Times Deutschland (FTD), ab 2010 Ressortleiter Agenda der Gruner+Jahr Wirtschaftsmedien, seit Juni 2013 Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins Capital



Jürgen Hogrefe, von 1985 bis 2003 Redakteur beim Spiegel, von 2003 bis 2009 Generalbevollmächtigter „Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, 2009 Vorsitzender des Arbeitskreises „Urban Technologies“ der BDI-Initiative „Innovationsstrategien und Wissensmanagement“, seit 2013 Stellvertretender Vorsitzender des Industrieverbandes Concentrated Solar Power DCSP. 2002 veröffentlichte Hogrefe eine Biographie über den Bundeskanzler Gerhard Schröder.



Bodo Hombach, 1998 Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, von 1998 bis 1999 Chef des Bundeskanzleramtes sowie Bundesminister für besondere Aufgaben in der Regierung Schröder, anschließend EU-Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa



Dr. Sophie Karmasin, Gründerin von Karmasin Research & Identity, von 2013 bis 2017 parteifreie, von der ÖVP nominierte Bundesministerin für Familien und Jugend der Republik Österreich.



Kerstin Klemm, freie Journalistin, Medienanalysen insbesondere mit Blick auf Wirtschaftsforschungsinstitute, Verlage, Journalisten, Universitäten, Parteien und Politiker. Herausgeber des Zitate-Rankings und des Ökonomen-Rankings gemeinsam mit FAZ, Die Presse und NZZ



RA Peter Klotzki, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe, davor Geschäftsführer Kommunikation des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) und Leiter der Pressestelle des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall



Carsten Knop, von 1996 bis 2017 Redakteur und Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 2018 bis 2020 Chefredakteur für die digitalen Produkte, seit April 2020 Herausgeber der der F.A.Z.



Tanit Koch, 2016 bis 2018 Bild-Chefredakteurin, von 2019 bis 2020 Geschäftsführerin n-tv sowie Chefredakteurin der Zentralredaktion der Mediengruppe RTL Deutschland, seit Juni 2021 Leiterin der CDU-Wahlkampfkommunikation für die Bundestagswahl 2021.

Den Beitrag für dieses Buch schrieb Tanit Koch im Februar 2021.



Georg Mascolo, von 2008 bis 2013 Chefredakteur des Nachrichtenmagazins Der Spiegel, seit 2014 Leiter des Rechercheverbands des NDR, des WDR und der Süddeutschen Zeitung, Terrorismusexperte der ARD



Doreen Mohaupt, Leiterin des Bereichs Stadtentwicklung und Stadtplanung, vorbereitende Bauleitplanung (Flächennutzungsplan) sowie die verbindliche Bauleitplanung der Stadt Cottbus



Adrian Mork, Dezernent für Nachhaltige Entwicklung der Bezirksregierung Arnsberg



Günter Nooke, seit 2010 Persönlicher Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin und zusätzlich seit 2014 Afrikabeauftragter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Johann Oberauer, Verleger, Herausgeber und Geschäftsführer des Medienfachverlags Oberauer



Prof. Dr. Margit Osterloh, Professorin (em.) der Universität Zürich, Ständige Gastprofessorin an der Universität Basel und Forschungsdirektorin beim Center for Research in Economics, Management and the Arts (CREMA), Zürich.



Thomas Petersen, deutscher Kommunikationswissenschaftler und Meinungsforscher, 2009/2010 Präsident der internationalen Fachgesellschaft World Association for Public Opinion Research (WAPOR)



Prof. Dr. Senja Post, Professorin für Wissenschaftskommunikation an der Georg-August-Universität Göttingen, forscht zu Chancen und Risiken von Wissenschaftskommunikation in polarisierten gesellschaftlichen Kontroversen (Klimawandel, SARS-CoV2 u.a.m.)



Eva Quadbeck, stellvertretende Chefredakteurin und Leiterin der Hauptstadtredaktion im RedaktionsNetzwerk Deutschland, zuvor stellvertretende Chefredakteurin und Leiterin der Parlamentsredaktion der „Rheinischen Post“



Prof. Dr. Patrick Rössler, Inhaber der Professur der Professur für Kommunikationswissenschaft mit Schwerpunkt Empirische Kommunikationsforschung/Methoden an der Universität Erfurt, Repräsentant der International Communication Association (ICA) in Deutschland



Prof. Dr. Stephan Russ-Mohl, Gründer des European Journalism Observatory (EJO) und bis 2018 Professor für Journalismus und Medienmanagement an der Università della Svizzera italiana in Lugano, schreibt regelmäßig u.a. für die „Neue Zürcher Zeitung“ und den „Tagesspiegel“



Roland Schatz, geboren 1965 in Bielefeld, in 5. Generation Journalist, studierte 1984 bis 1997 an den Universitäten Fribourg/CH sowie Bonn Philosophie, Geschichte, Politik- und Wirtschaftswissenschaften, 1985 Gründung des InnoVatio Verlags, 1993 Gründung von Media Tenor, 2014 Gründung der UNGSII Stiftung, von 2013 bis 2019 Senior Advisor für den UN-Generaldirektor in Genf und seit 2020 in gleicher Funktion für die Chefin des Climate Investment Fonds in Washington. 2020 wurde Schatz von Papst Franziskus in die Covid-19-Kommission berufen.



Prof. Dennis J. Snower, Präsident der Global Solutions Initiative und Professor für Makroökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance, ehemaliger Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel sowie Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel



Holger Stark, 1991 bis 1993 Redakteur der Berliner Zeitung, 1999 bis 2001 Redakteur beim Berliner Tagesspiegel, 2001 bis 2017 Korrespondent und leitender Redakteur beim Spiegel, seit 2017 Mitglied der Chefredaktion der Wochenzeitung Die Zeit



Matthias Vollbracht, Mitgründer und Leiter Unternehmensanalyse bei Media Tenor International sowie Managing Director von Awareness Metrics, Head of Research der UNGSII-Stiftung zur Unterstützung der Sustainable Development Goals der UN



Markus Wiegand, Chefredakteur Kress Pro im Medienfachverlag Oberauer

Auch in der Covid-19 Krise wurde es deutlich: Entscheidungen müssen getroffen werden, doch die Informationsbasis ist lückenhaft. Das gilt für alle: Parlamentarier, Verantwortliche in der Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien, Bildung. Zahlen fehlt zu oft der Kontext, Trends werden nicht selten ohne valide Grundlage dargestellt, Warnhinweise werden nahezu überall übersehen. Doch anstatt die Pausen für ein Inne-Halten zum Besser-Werden zu nutzen, beginnt das Finger-Zeigen, als sollte es spätestens in Paris als olympische Disziplin aufgenommen werden. Insbesondere von uns Journalisten.



Markus
N. Beeko, Bodo
Hombach, Peter
Klotzki, Doreen
Mohaupt, Adrian
Mork, Günter
Nooke



Jakob Augstein,
Nikolaus Blome,
Johannes Boie, Horst von
Buttlar, Jürgen Hogrefe,
Carsten Knop, Tanit Koch,
Georg Mascolo, Johannes
Oberauer, Eva Quadbeck,
Holger Stark, Markus
Wiegand